

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Europa muss Wettrennen um Ressourcen in der Arktis verhindern



Europa muss ein Wettrennen um die Ressourcen in der Arktis verhindern. Dies forderte der CDU-Europaabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der

Delegation des Europäischen Parlaments für die Schweiz, Island, Norwegen und den Europäischen Wirtschaftsraum, Dr. Thomas Ulmer, gegenüber der

Hohen Vertreterin der EU für Außenpolitik, Catherine Ashton. Bei der Debatte im Plenum des Europäischen Parlaments sagte Ulmer: „Durch das Schmelzen von Teilen der Eisdecke in der Arktis und der Entdeckung von Öl und Gas muss die EU handeln, um zu verhindern, dass die angrenzenden Staaten die Arktis im Alleingang ausbeuten. Die EU braucht dazu eine klare Strategie und muss endlich mit einer Stimme sprechen. Zudem hoffen wir, dass die Mitglieder des Arktischen Rates die EU als permanenten Beobachter zu lassen“.

Nach Schätzungen liegen rund 20 Prozent der unerschlossenen Erdöl- und Erdgasvorräte der

Welt im arktischen Raum. Obwohl einige angrenzende Staaten bereits Versuche unternommen haben, diese Ressourcen zu erschließen, zählt die Arktis nicht zu den außenpolitischen Prioritäten der EU.

„Europa muss verhindern, dass die Arktis einem Wettrennen der Großmächte wie im 19. Jahrhundert zum Opfer fällt. Wir brauchen Kooperation aller interessierter Staaten und müssen eine weitere Konfrontation verhindern, um die Arktis und ihre Umwelt zu schützen.“

Eine wichtige Priorität ist zudem, dass die internationalen Schifffahrtswege für den Seeverkehr offen bleiben“, so Ulmer.

Hunde & Co. müssen leider immer noch draußen bleiben

Haustierbesitzer kennen das Problem: Man möchte mit seinen geliebten Haustieren innerhalb der EU verreisen und muss leider immer noch in manchen Staaten strenge Auflagen beachten. In 22 Ländern der EU können Tierliebhaber aufgrund der entsprechenden EU-Richtlinie schon heute ohne Probleme mit ihren Haustieren einreisen.

Jedoch 5 der Mitgliedsländer (Großbritannien, Irland, Schweden, Finnland und Malta) haben seit 2003 immer wieder Ausnahmegenehmigungen bekommen, um, wie von diesen Ländern argumentiert wird, die Tollwutgefahr einzudämmen und mitteleuropäische Würmer, Viren, Parasiten und Bakterien von den eigenen Ländern fernzuhalten.

Diese Ausnahmegenehmigungen und Sonderregelungen treffen bei vielen Parlamentariern auf Unverständnis. So muss man, um mit Haustieren nach Großbritannien einzureisen, 6 Monate im Voraus einen Tierarzt aufsuchen und bestimmte Tests durchführen lassen. Dies ist jedoch noch nicht genug, sondern

man muss zusätzlich noch umgerechnet 90 Euro für den Tiertransport nach Großbritannien entrichten. Und all dies, obwohl vor einigen Jahren der tödlich verlaufende Rinderwahnsinn, bekannt unter BSE, sich gerade von Großbritannien auf Kontinentaleuropa ausgebreitet hat. Malta verlangt z. B. eine nachgewiesene Zeckenfreiheit des Haustieres und Schweden eine tierärztlich bestätigte Wurmkur. Bei Verletzung dieser Auflagen drohen Bußgelder für den Tierbesitzer sowie Quarantäne für das Haustier.

Der Europaabgeordnete Dr. Ulmer hält die besonders strengen Gesundheitskontrollen für Hunde, Katzen und Frettchen, die noch heute in den besagten Ländern bestehen, für nicht mehr gerechtfertigt. „Da die Tollwut in Europa auf dem Rückzug ist, schränken alle Sonderregeln diesbezüg-

lich die Freizügigkeit der Reisenden nur unnötig ein. Vor allem, da sich heutzutage schon beide, sowohl Tierbesitzer über den Reisepass als auch das Haustier über Mikrochip bzw. Impfpass, eindeutig ausweisen können“, erklärt der Europaabgeordnete weiter.

Trotzdem wurde im Europäischen Parlament einer Verlängerung der Ausnahmeregelungsfrist vom 30. Juni 2010 auf

31. Dezember 2011 zugestimmt.

Hoffentlich wird diese Verschöberrung jedoch die letzte sein, sodass die Bürokratie 2012 ein Ende findet, und alle Tierliebhaber spätestens dann sorgenfrei mit ihren Schützlingen durch ganz Europa reisen können.



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

EU verteilt 3,98 Milliarden Euro Fördermittel für bessere Energieinfrastrukturen in Europa

Im Mai 2009 hat das Europäische Parlament das europäische Energieprogramm zur Konjunkturbelebung verabschiedet. Dadurch wurden insgesamt 3,98 Milliarden Euro für innovative Energieprojekte zur Verfügung gestellt. Davon sollen 2,3 Milliarden Euro in Gas- und Strominfrastrukturen investiert werden, 565 Millionen Euro in Offshore-Windenergieprojekte und 1,05 Milliarden Euro in Projekte für die Kohlenstoffabscheidung und -speicherung. Den ersten Teil dieser Finanzmittel für Offshore-Windenergie und Projekte zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung hat die Kommission schon im Dezember 2009 bewilligt. Die Bewilligung des zweiten Teils, nämlich der Finanzmittel für Gas- und Strominfrastrukturen, folgte erst kürzlich Anfang März 2010. Mit ihrer Entscheidung will die EU-Kommission verhindern, dass solche wichtige Projekte wegen des derzeitigen Wirtschaftsklimas verschoben werden. Außerdem ist die Investitionsentscheidung auch eine Lehre aus der jüngsten Gaskrise. Konkret hat sich die EU-Kommission dafür entschieden, 910 Millionen Euro für 12 Stromverbundprojekte und 1,39 Milliarden Euro für 31 Gasleistungsvorhaben bereitzustellen. Da alle Projekte zu 50 % kofinanziert werden, werden dadurch bis zu 22 Milliarden Euro aus dem privaten Sektor mobilisiert.

Unter den ausgewählten Projekten sind auch Großprojekte, an denen Deutschland beteiligt ist, wie z. B. der Bau der Gaspipeline Nabucco und die Stromverbindung zwischen Halle/Saale und Schweinfurt. Außerdem unterstützt die EU sogenannte „Reverse-Flow-Projekte“, die es erlauben, Gas auch in die umgekehrte Richtung fließen zu lassen. Alle ausgewählten Projekte entsprechen den energiepolitischen Prioritäten der EU, nämlich dem Ausbau der Verbundnetze, einer besseren Anbindung von Randgebieten wie der drei baltischen Staaten, Irlands und Malτας, und einer größeren Versorgungssicherheit. Energiekommissar Günther Oettinger zeigt sich zufrieden, da diese Projekte helfen werden, ein „besser integriertes Energieversorgungsnetz in Europa aufzubauen.“ Dr. Ulmer bekräftigt diese Meinung und freut sich, dass dadurch nicht nur neue Impulse für die Wirtschaft gesetzt werden, sondern damit auch die Energieversorgung für die Bürger nachhaltig verbessert wird.

EU-Richtlinie zu Pauschalreisen wird überarbeitet



Der Markt der Pauschalreisen hat sich seit dem Internetboom stark geändert. Waren früher Pauschalreisen nur in gedruckten Prospekten angeboten und konnten sie damals nur über klassische Reisebüros gebucht werden, so wird heute der größte Teil dieser Pauschalreisen übers Internet verkauft. Über das Internet können

heute Verbraucher individuelle Pakete selbst zusammenstellen und das alles über eine einzige Webseite, auf der man Flug, Hotel und Mietwagen angeboten bekommt. Da die gültige EU-Richtlinie zu Pauschalreisen jedoch nur die gedruckten Prospekte umfasst, ist eine Überarbeitung dieser Richtlinie notwendig.

EU-Verbraucherschutzkommissar John Dalli hat einer Neuauflage bereits zugestimmt. Die überarbeitete Version soll Haftungsfragen regeln, denn diese sind nach Reiseveranstalter, Fluggesellschaften und Reisebüros getrennt. Bei Airliniekonkursen gibt es außerdem noch keine gesonderten Rechte für die Verbraucher. Um gleiche Marktbedingungen für alle zu gestalten, ist eine Überarbeitung dieser Richtlinie also schon längst überfällig.

Da es bis dahin noch ein langer, aber spannender Weg sein wird, ist für das Erreichen einer EU-Donastrategie nun die aktive Unterstützung und Beteiligung aller Akteure notwendig.

Wirtschaftsstrategie der EU-Kommission „EU 2020“ lässt in manchen Bereichen zu wünschen übrig

Wichtige Kernbestandteile der Wettbewerbsfähigkeit werden in der neuen Wirtschaftsstrategie der EU-Kommission „EU 2020“ außen vorgelesen. Zehnjahrespläne, die es sonst nur noch in kommunistischen Ländern wie Kuba und Nordkorea gibt und darüber hinaus auch noch einseitig gewichtet sind, sind eindeutig nicht der richtige Weg für einen Wirtschaftsaufschwung in der EU. Der nordbadische Europaabgeordnete Dr. Ulmer bekräftigt, dass Industrie, Handwerk und Dienstleistungen nicht vernachlässigt werden dürfen. Vielmehr fordert er, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU sich nicht auf vermeintliche Zukunftstechnologien stützen sollte. „Es ist sicher, dass Industrie und Handwerk auch in Zukunft für den Großteil der Arbeitsplätze verantwortlich sein werden.“

Europaparlament entlastet Kleinbetriebe durch Bürokratieabbau

Der Vorschlag der sogenannten „Stoiber-Gruppe“, welche sich um Bürokratieabbau innerhalb der europäischen Verwaltungsorgane kümmert, wurde vom Europäischen Parlament angenommen. Entsprechend der geänderten EU-Richtlinie gibt es künftig weniger Bürokratie für Kleinbetriebe in der EU, indem sie künftig von der Verpflichtung zu Jahresabschlüssen ausgenommen werden. Eine normale Buchführung über Ein- und Ausgaben wird aus steuerlichen Gründen jedoch weiterhin notwendig sein. Als Kleinbetriebe gelten alle diejenigen Betriebe, die neben einer Höchstzahl von 10 Beschäftigten nicht mehr als eine Million Euro Jahresumsatz oder 500.000 Euro Bilanzsumme haben. Dies kommt vor allem kleinen Betrieben vor Ort, wie z. B. dem Handwerker, Bäcker oder IT-Dienstleister zugute.

Dr. Thomas Ulmer MdEP erklärt, dass gerade der Mittelstand Arbeitsplätze schafft, die Jugendlichen ausbilde und ein Innovationsmotor in Deutschland sei. Für die Tausenden von klein- und mittelständischen Betrieben wird diese Richtlinieneränderung somit eine spürbare Entlastung mit sich bringen. Denn anders als bei einem großen DAX-Unternehmen fällt der Aufwand für einen Jahresabschluss in einem Kleinbetrieb stark ins Gewicht. Mit der Verabschiedung der geänderten Richtlinie macht das Europaparlament somit maßgeblich den Weg frei für Bürokratieabbau in der EU. Da die 27 Mitgliedstaaten individuell entscheiden können, ob sie von dieser Ausnahme Gebrauch machen, liegt der Bürokratieabbau bei Kleinbetrieben nun in dem Ermessen der einzelnen Länder. „Da der Mittelstand in Deutschland die tragende Säule der Wirtschaft ist, bin ich mir ziemlich sicher, dass die Bundesregierung in Deutschland diese Chance nutzen wird“, beurteilt Dr. Thomas Ulmer die Lage.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (veranlw.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261 893991, Telefax 06261 893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171 6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parliament Europeen; © Niklas

Spasenoksi - Fotolia.comShar Pei baby dog; © Arnold - Fotolia.com Eisberge © Arnold

#1029752; © Iero - Fotolia.com fine image 3d of archive folder © Iero #9887562; © Eray -

Fotolia.com aeroplane © Eray #1472821

Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

